

den einzelnen Zahlern hin- und hergeschoben werden. Dieser Vorgang wäre an sich nicht bedenklich. Bedenklich sind die Motive für diese Verschiebungen. Die Motive liegen nämlich weder in einem Streben nach bestmöglicher Leistungsqualität, noch in einem Streben nach der bestmöglichen Relation zwischen Preis und Leistung. Es geht nicht um eine Gesamtschau des Gesundheitssystems und eine davon ausgehende möglichst hohe Leistungsqualität zu möglichst niederen Preisen, sondern um eine auf die einzelnen Sektoren beschränkte Lukrierung finanzieller Vorteile und um politische Erwägungen.

Dieses Problem könnte durch eine durchgehende Steuerfinanzierung gelöst werden. Zur Vermeidung von kontraproduktiven Schnittstellen ist es vor allem auch wichtig, dass die Gesundheitsversorgung und die Pflegevorsorge nicht als getrennte Finanzierungs- und Leistungsbereiche ausgestaltet werden. D.h. die Finanzierung und die Organisation der Leistungserbringung hat für die Bereiche der Gesundheitsversorgung und der Pflege aus einer Hand zu erfolgen. Nur auf diese Weise kann die bisher bestehende Schnittstellenproblematik zwischen Krankenversicherung und Pflegevorsorge beseitigt werden.

Die Steuerfinanzierung würde es vor allem auch ermöglichen, eine die gesamte Bevölkerung umfassende Pflegevorsorge einzuführen. Dadurch würde es zu einer Entlastung der Sozialhilfe kommen. Dieses Ergebnis wäre durch eine Pflegeversicherung nicht erzielbar, da aus kompetenzrechtlichen Gründen die versicherungsmäßige Erfassung aller von Pflegebedürftigkeit Bedrohten nicht möglich ist.⁵ Eine Pflegeversicherung würde wiederum primär nur jene Personen umfassen, die momentan Anspruch auf Bundespflegegeld haben. Für jene Personen, die außerhalb des Erwerbslebens stehen, wäre damit auch weiterhin die Sozialhilfe gefordert.

Bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Schutzes vor dem Risiko der Pflegebedürftigkeit sollte meines Erachtens jedenfalls vorgesehen werden, dass die Pflegeabgabe für Kinderlose am höchsten ist und pro Kind sinkt. Dies wäre sachlich gerechtfertigt, da die Pflege bisher häufig im Familienverband erfolgt, ist und gerade die Abnahme der Kinderzahl mit eine Ursache für den Pflegenotstand ist.

1 Zu Begriff und Zweck des Sozialrechts siehe etwa Konrad Grillberger: Österreichisches Sozialrecht. 6.A. Wien 2005, 11.

2 Österreichisches Sozialhilferecht (1989) 555.

3 ErlRV 284 B1gNR 18. GP, 29f.

4 Siehe VfGH 25.6.1992 VfSlg. 13.133; 18.3.2000 VfSlg. 15.787; OGH 17.6.2003 ZAS 2004, 78 IRbhahn; Schrammel, SozSi 2001, 357; Rebhahn, ZAS 2004, 81.

5 Siehe Walter Pfeil: Neuregelung der Pflegevorsorge in Österreich. Wien 1994, 120.

SOZIAL.LEBEN. PERSPEKTIVEN FÜR EINE LEISTBARE SOZIALPOLITIK

Reinhold Lopatka

Leistungsstark und sozial

Ein menschenwürdiges Leben für alle in einer arbeitsteiligen, leistungsorientierten Wissensgesellschaft braucht ein ausreichendes soziales Sicherungssystem. Wir wollen eine Sozialpolitik, die den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Humanität gestaltet. Die sozialen Verhältnisse in einem Staat sind Spiegelbild für die Mitmenschlichkeit einer Gesellschaft. Denn Sozialstaat und Freiheit, Solidarität und Individualität schließen einander nicht aus, sondern bedingen und ergänzen einander. Der Sozialstaat ist Voraussetzung dafür, dass die Werte von Individualität und Freiheit eben nicht nur ein Privileg der einkommensstarken Schichten sind, sondern allen Bürgern zuteil werden. Ziel unserer Politik ist es daher, den sozialen Frieden und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu erhalten und, mehr noch, zu fördern. Aufgabe der Politik ist, ständig Treffsicherheit, Gerechtigkeit und Effektivität zu optimieren – das sichert die Akzeptanz unseres Sozialsystems bei jenen, die es finanzieren, den Steuerzahlern.

Christlichsoziale Prinzipien

Das österreichische Sozialmodell orientiert sich stark an christlichsozialen Prinzipien der Nächstenliebe, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Toleranz. Grundlage der Sozialpolitik der Österreichischen Volkspartei ist, aufbauend auf der Katholischen Soziallehre, das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft, das die ÖVP seit 1995 im Grundsatzprogramm positioniert hat. Eine erfolgreiche Marktwirtschaft ist die Basis unseres Wohlstandes. Sie allein erwirtschaftet genug, um umfassende soziale Sicherungssysteme erhalten zu können. Nur dort, wo gut gewirtschaftet wird, ist sozialer Fortschritt mach- und finanzierbar.

Die deutliche Betonung der sozialen Marktwirtschaft seit dem Regierungswechsel 2000 – gegenüber dem Versorgungsstaatsmodell der SPÖ – lässt Öster-

reich bei jedem internationalen Vergleich, vor allem auch innerhalb der EU, als sozialpolitisches Vorbild erscheinen. Mit 3,3 Millionen Beschäftigten hat Österreich den höchsten Beschäftigungsstand erreicht und verdient mit einer hohen Sozialquote von 29,4 % (EU-Durchschnitt 27 %, USA 15 %) zweifelsohne das Prädikat „Sozialstaat“. Leistungsstark und sozial – diese gleichrangigen Ziele verfolgt die Politik von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel.

Solidarität leben und stärken!

Ein umfassendes Sozialsystem hat alle Teile der Bevölkerung und alle Generationen zu umfassen. Die Alters- und Gesundheitsvorsorge wie auch Hilfe bei Krankheit, Pflege und Betreuung sowie Arbeitslosigkeit sind durch Sozialversicherung und staatliche sowie staatlich geförderte Zusatzleistungen abzusichern. Die gewachsene Solidarität der Menschen in diesem Land lässt sich einfach mit ein paar Zahlen belegen: Ohne die Leistungen unseres Sozialsystems wären rund 42 % der Bevölkerung armutsgefährdet! Für Menschen mit Behinderung gilt, dass ohne Sozialtransfers 68 % statt 19 % armutsgefährdet wären. Bei Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern senken die sozialen Leistungen das Armutsrisiko um insgesamt 40 %!

Nicht umsonst konnte es in den letzten Jahren zu einer breiten Vermögensbildung beim unteren Mittelstand kommen. Rund 80 % der Österreicherinnen und Österreicher leben in einer Situation, die gut bis sehr gut ist. Noch vor zehn Jahren war die Zahl der armutsgefährdeten Menschen um rund 1 % höher als heute. Zugegeben ein bescheidener Fortschritt, aber ein Fortschritt.

Zweifellos ist die Bekämpfung der Armut gerade in einem Wohlfahrts- und Wohlstandsstaat wie Österreich eine große Herausforderung an die Politik und die Menschen im Land. Die „Gesichter der Armut“ sind allerdings viel zu unterschiedlich, als dass alle Problemstellungen über einen Kamm gekehrt und mit einem Konzept gelöst werden können. Das österreichische Sozialsystem mit seinem breit gefächerten Auffangnetz bietet die idealen Voraussetzungen für eine flächendeckende Grundversorgung für alle. So hat zum Beispiel die Anhebung der Mindestpension auf € 690,- 188.000 alleinstehende Personen 2006 über die Armutsgefährdungsgrenze gehoben und ist somit wirksamer Schutz gegen Armut im Alter. Gerade den schwächsten Gruppen in unserer Gesellschaft müssen wir ein besonderes Augenmerk schenken, wollen wir weiterhin Ausschreitungen und soziale Konflikte von Österreich fernhalten. Die große Herausforderung ist die Inte-

gration zehntausender Neo-Österreicher, die sehr oft auf das soziale Netz angewiesen sind. Die Integrationsleistungen in Österreich mit konkreter Hilfe für ärmere Länder dürfen bei ernst gemeinter Solidarität aus unseren Budgets nicht ausgeklammert werden.

Sozial ist, was Arbeit schafft!

„Arbeit“ ist für einen Christdemokraten sinnstiftend und wichtiger Teil des menschlichen Lebens und Teilhabe am Schöpfungsauftrag. Daher ist der Zugang zu entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten nicht nur eine Frage der materiellen Versorgung. Den Erfordernissen einer modernen Arbeitswelt ist durch entsprechende Aus- und Weiterbildung sowie humane Arbeitsbedingungen Rechnung zu tragen. Arbeit ist aber auch Quelle der gesellschaftlichen Wertschöpfung und damit Hauptträgerin des sozialen Netzes. Daher gilt der Satz „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Deshalb bekennen wir uns auf der einen Seite zu einer Gestaltung der Arbeitswelt durch die bewährte österreichische Sozialpartnerschaft und haben auf der anderen Seite die Mittel für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik auf 1,8 Milliarden Euro seit 2000 mehr als verdoppelt. Eine starke Sozialpartnerschaft verlangt allerdings auch ordentlich geführte Sozialpartnerorganisationen: Entsprechende demokratische Standards, Kontroll- und Minderheitenrechte, Transparenz sowie keine lukrativen Sonderregelungen für die Funktionärs- und Mitarbeiterriege sollten den ÖGB ausmachen.

Würde des Menschen ist unantastbar!

Für uns ist die Würde jedes Menschen höchstes Gut und unantastbar. Eine Gesellschaft, die Behinderung aus ihrem Bewusstsein verdrängt, verliert ihren humanen Charakter. Daher ist für eine christlichsoziale Partei ganz selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderung an unserer Gesellschaft voll teilhaben sollen. Sie dürfen dabei keinesfalls als Betreuungsobjekte betrachtet werden, sondern müssen vielmehr als gleichberechtigte Partner in unserer Gesellschaft integriert sein. Der soziale Rechtsstaat hat die selbstverständliche Aufgabe, die dafür notwendigen Maßnahmen zu fördern und bestehende Diskriminierungen zu beseitigen, so wie es mit dem Behindertengleichstellungsgesetz in großem Umfang erstmals geschehen ist.

Die besondere Förderung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung ist jedoch nicht alleine Aufgabe öffentlicher Einrichtungen, sondern Teil der Verantwortung jedes Einzelnen und der Gemeinschaft. Partnerschaft, Mitmenschlichkeit und Solidarität sollen ein Anliegen aller Menschen sein. Ziel unserer Politik ist es, Menschen mit Behinderung so zu fördern, dass sie ein selbst bestimmtes Leben führen können. Der Isolation dieser Menschen kann nur durch ihre konsequente Integration in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam begegnet werden. Hierfür ist es erforderlich, dass der Staat in seinem Einflussbereich darauf Bedacht nimmt, dass die Zugänglichkeit für Behinderte umfassend gewährleistet wird.

Pflegebedürftige und Pflegende unterstützen!

Gerade die Nachfrage nach Pflegeleistungen auf Grund der demographischen Entwicklung wird steigen: Allein bis 2030 wird ein Anstieg der Pflegebedürftigen von heute 500.000 auf 800.000 prognostiziert. Jetzt schon sind rund eine Million Menschen als pflegende Angehörige im täglichen Leben mit Pflege konfrontiert. Die Nachfrage am Ende des Lebens nach Pflegeleistungen steigt, denn es soll ein möglichst beschwerdefreies Altern möglich sein. Diese Entwicklungen machen den Pflegebereich zu einer wirklichen Zukunfts- und Wachstumsbranche:

- In den Pflegeberufen beträgt der Anteil der Frauen fast 90 %.
- Die Beschäftigung im Gesundheits- und Pflegesektor wächst viermal stärker an als im restlichen Dienstleistungssektor.
- Mit steigenden Teilzeitbeschäftigungsmodellen können noch mehr familienfreundliche Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Allein in den nächsten fünf Jahren ist eine Schaffung von 40.000 Arbeitsplätzen möglich.

Unsere Aufgabe ist es daher, den Großteil unserer Aus-, Um- und Weiterbildungsanstrengungen auf die Heranbildung von entsprechendem Personal für Pflegedienste, persönliche Betreuungsdienstleistungen und Hilfeleistungen im pflegerischen Alltag zu richten. Dies steht nicht in Konkurrenz, sondern in wichtiger Ergänzung zu familiären Leistungen und stärkerer Hilfe zur Selbsthilfe im Pflegealltag. Nur so kann das Altwerden im vertrauten sozialen Umfeld gemeistert werden. Für pflegende Angehörige haben wir gerade in den letzten Jahren mit der Familienhospizkarenz mit ihrer sozialversicherungsrechtlichen Absicherung, den begünstig-

ten Selbstversicherungsmöglichkeiten und dem Unterstützungsfonds für pflegende Angehörige enorme Besserstellungen und Erleichterung erreicht. Wir wollen weiterhin die bestmögliche soziale Einbindung und wirkungsvolle Unterstützung von Betroffenen und pflegenden Angehörigen garantieren und fördern.

Eine Vielzahl von sozialen Leistungen gewährleisten in der Regel auch die finanzielle Existenzsicherung und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Durch vernünftige Erneuerungen will Bundeskanzler Wolfgang Schüssel Österreich als zukunftsfesten Wohlfahrtsstaat für das 21. Jahrhundert gestalten und ausbauen. Dabei kann er auf eine in 60 Jahren gewachsene starke Sozialstruktur zurückgreifen, wo neben den staatlichen Einrichtungen auch Caritas, Rotes Kreuz und Hilfswerk, um nur einige der vielen nichtstaatlichen Einrichtungen zu nennen, ein dichtes Netzwerk gesponnen haben. Das reiche Österreich ist auch erfolgreich, wenn es um soziale Gerechtigkeit in unserem Land geht. Das muss die Republik auch in den nächsten Jahren auszeichnen. Denn was uns zusammenhält und weiterbringt, ist eine Politik, die sozial und leistungsstark als gleichrangig ansieht. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.